dbb beamtenbund und tarifunion

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Nr. 36 **2. November 2017**

Inhalt

„Jamaika-Koalition“: Tarifpolitischer Austausch mit Grünen-Fraktion+++
dbb Gewerkschaftstag 2017: Social Media Lounge lädt zum Dialog+++
Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern: Männer werden nicht als Gleichstellungsbeauftragte zugelassen+++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Alimentation kinderreicher Beamter: DBB NRW empfiehlt Widerspruch+++
BTB: Ingenieure und Architekten für den öffentlichen Bausektor gesucht+++
DPhV: Zehn Milliarden für Instandsetzung von Schulen nötig+++
Postbank: Kündigungsschutz und Entgelterhöhungen+++

Namen und Nachrichten+++

aktuell

Informationsdienst des dbb

Erscheint wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten

„Jamaika-Koalition“: Tarifpolitischer Austausch mit Grünen-Fraktion

Schon bei den Sondierungsgesprächen für eine mögliche „Jamaika-Koalition“ bringt der dbb die Anliegen des öffentlichen Dienstes ein. Daher hat sich der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 26. Oktober 2017 mit der Sprecherin für Arbeitnehmerrecht der Grünen-Fraktion im Bundestag, Beate Müller-Gemmeke, getroffen.

Unterstützt wurde Dauderstädt vom Bundesvorsitzenden der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM), Volker Geyer. Neben der Bewertung der aktuellen Situation beim Thema Tarifeinheit ging es um weitere tarif- und sozialpolitische Themen, wie etwa das Arbeitszeitgesetz.
(01/36/17)

dbb Gewerkschaftstag 2017: Social Media Lounge lädt zum Dialog

Der dbb Gewerkschaftstag vom 19. bis 21. November 2017 wird interaktiv. In einer Social Media Lounge diskutieren Experten über die Zukunft des öffentlichen Diensts. Unter dem Hashtag #dbbGWT2017 haben Nutzer die Chance, Beiträge und Fragen an die Interviewpartner zu richten.

Die Videos zu den Gesprächen werden dann ebenfalls auf Facebook zur Verfügung gestellt. Der dbb sammelt auch bereits im Vorfeld interessante Posts zu fünf ausgewählten Themengebieten: Digitalisierung, Personal- & Nachwuchsmanagement, Sicherheit, Arbeitszeit & Überstunden sowie Bezahlung.

Das Motto des diesjährigen dbb Gewerkschaftstages lautet „Im Dienst der Menschen“. Weitere Infos zur Social Media Lounge gibt es auf der Facebook-Seite des dbb.
(02/36/17)

Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern: Männer werden nicht als Gleichstellungsbeauftragte zugelassen

Die Position der Gleichstellungsbeauftragten bleibt Frauen vorbehalten. Das hat das Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern am 10. Oktober 2017 (Aktenzeichen LVerfG 7/16) entschieden. Danach handelt es sich nicht um eine zulässige Benachteiligung aus Gründen des Geschlechts, wenn Männern dieser Posten vorenthalten wird. Die dbb bundesfrauenvertretung begrüßt das Urteil.

„In dem Urteil spiegelt sich die aktuelle Debatte um die Gleichstellung wider. Zwar hat sich in den vergangenen Jahren viel hinsichtlich der Gleichstellung von Männern und Frauen im Arbeitsleben getan. Trotz guter Gesetze wie dem Bundesgleichstellungsgesetz, dem Entgelttransparenzgesetz und dem Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen an Führungspositionen besteht weiterhin ein Ungleichgewicht zu Ungunsten der Frauen“, sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung.

Wie das Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern in seinem Urteil richtig feststelle, seien Gleichstellungsbeauftragte nicht nur Hüterinnen der Gleichstellungsgesetze, sondern wichtige Ansprechpartnerinnen im Falle von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und sexueller Belästigung. „Aus einer EU-weiten Studie von 2014 geht hervor, dass 60 Prozent aller Frauen in Deutschland schon sexuelle Belästigung erlebt haben, jede dritte der betroffenen Frauen im Arbeitsumfeld. Angezeigt wird aber nur ein Bruchteil der Taten. Die Gleichstellungsbeauftragten sind für die überwiegend weiblichen Betroffenen hier eine der wichtigsten Anlaufstellen. Die weibliche Ansprache schafft zusätzliches Vertrauen. Aus unserer Sicht muss die Stellung der weiblichen Gleichstellungsbeauftragten noch weiter gestärkt werden – zum einen durch ein Verbandsklagerecht, zum anderen durch bessere Freistellungsmöglichkeiten für Betriebe mit weniger als 600 Beschäftigten“, so Wildfeuer.

Bereits in der Vergangenheit hatten Männer in verschiedenen Bundesländern erfolglos ver-

sucht, Gleichstellungsbeauftragte zu werden. Dem nun entschiedenen Fall lag das Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Gleichstellungsgesetz) zugrunde. Dort ist geregelt, dass die Gleichstellungsbeauftragte von den weiblichen Beschäftigten einer Dienststelle aus ihrem Kreis gewählt wird.

Dagegen hatte ein Landesbeamter Verfassungsbeschwerde eingelegt. Er machte geltend, dass die Regelung gegen das aus dem Grundgesetz und der Landesverfassung folgende Verbot verstoße, wegen des Geschlechts benachteiligt zu werden. Das Gleichstellungsgesetz sei nicht mehr allein auf Frauenförderung ausgerichtet, sondern wolle beide Geschlechter erfassen.
(03/36/17)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Alimentation kinderreicher Beamter: DBB NRW empfiehlt Widerspruch

Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen sowie des Verwaltungsgerichts Köln haben erneut die Frage aufgeworfen, ob die Alimentation kinderreicher Beamter rechtens ist. Der DBB NRW hat daher am 2. November 2017 den Betroffenen empfohlen, einen Antrag auf entsprechende Erhöhung der Besoldung beziehungsweise Versorgung zu stellen und gegen die Höhe der Familienzuschläge Widerspruch einzulegen.

Derzeit könne nicht abschließend beurteilt werden, ob und ab welcher Besoldungsgruppe die kinderbezogenen Bestandteile der Bezüge ab dem dritten Kind zu niedrig bemessen sind. Es sei aber notwendig, dass sich die betroffenen Beamten, die für mehr als zwei Kinder familienbezogene Bezüge erhalten, gerade im Hinblick auf den offenen Ausgang der Verfahren mögliche Ansprüche sichern. Dafür sollten der vom DBB NRW entworfene und auf seiner Internetseite zur Verfügung gestellte Antrag verwendet werden. Der DBB NRW weist zudem ausdrücklich darauf hin, dass Antrag und Widerspruch für jedes Jahr zu wiederholen sind. Empfehlenswert sei dies jeweils zu Beginn eines Jahres. Das Ministerium der Finanzen NRW habe bereits signalisiert, bis zur abschließenden gerichtlichen Klärung nicht über die Anträge und Widersprüche zu entscheiden.
(04/36/17)

BTB: Ingenieure und Architekten für den öffentlichen Bausektor gesucht

Dringende Baumaßnahmen im öffentlichen Sektor können nicht umgesetzt werden, weil immer weniger Fachpersonal für die Aufgaben zur Verfügung steht. Darauf hat die Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft (BTB) hingewiesen. „Eine Ursache ist der Personalabbau in den technischen Fachverwaltungen und die schlechte Bezahlung von Ingenieuren und Architekten im öffentlichen Dienst“, sagte der BTB Bundesvorsitzende Jan Seidel am 27. Oktober 2017.

Schulen, Kindergärten, Jugendeinrichtungen, Krankenhäuser, Hochschuleinrichtungen, Landes- und Bundesstraßen müssten dringend saniert und ausgebaut werden. In vielen Fällen sei die öffentliche Hand aber nicht mehr in der Lage, ihre Bauherrenfunktion wahrzunehmen. Daher müssen Schüler, Studierende, Kranke und Pflegebedürftige, Ärzte, Pfleger und Polizisten in immer schlechter werdenden Gebäuden lernen und arbeiten. Oft seien die Bedingungen sogar gesundheitsschädlich, weil erforderliche Sanierungen nicht zeitnah umgesetzt werden können.

Wer ernsthaft das Problem des Investitionsstaus lösen will, so Seidel, müsse ins Personal der Bauverwaltungen investieren und Nachwuchskräfte für den öffentlichen Dienst gewinnen. Dafür müsse kurzfristig die Bezahlung verbessert werden, da der Einkommensunterschied zum privaten Sektor bis zu 50 Prozent betrage. Da sich der Fachkräftemangel in den kommenden Jahrzenten noch weiter zuspitzen werde, hätten Ingenieuren und Architekten derzeit keinen Grund, den öffentlichen Dienst bei der Arbeitgeberwahl zu bevorzugen.
(05/46/17)

DPhV: Zehn Milliarden für Instandsetzung von Schulen nötig

Der Deutsche Philologenverband (DPhV) hält wegen der vielen heruntergekommenen Schulgebäude vom Bund Sanierungsausgaben in Höhe von zehn Milliarden Euro über vier Jahre für notwendig. „Angesichts des skandalösen Sanierungsstaus an zahlreichen Schulen muss im Koalitionsvertrag unbedingt ein umfassendes Investitionsprogramm für Schulrenovierungen und -sanierungen enthalten sein“, sagte der Verbandsvorsitzende Heinz-Peter Meidinger am 30. Oktober 2017.

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hatte die Gesamtkosten für die Instandsetzung maroder Schulen bereits auf 34 Milliarden Euro beziffert. Für die Länder und Kommunen bleibe also bei zehn Milliarden Euro vom Bund immer noch genügend zu tun, sagte Meidinger. Im Februar hatte der Bundestag einen Nachtragshaushalt beschlossen, mit dem 3,5 Milliarden Euro für die Sanierung von Klassenräumen, Turnhallen und Schultoiletten zur Verfügung gestellt werden. Im Juni verabschiedeten Bundestag und Bundesrat dann auch die notwendige Grundgesetzänderung, damit sich der Bund an der Sanierung der Schulen beteiligen darf - eigentlich waren dafür nämlich bislang ausschließlich die Länder zuständig.
(06/36/17)

Postbank: Kündigungsschutz und Entgelterhöhungen

„Für die Tarifgemeinschaft hat der Schutz und die Sicherheit der Beschäftigten bei der Reintegration der Postbank in den Deutsche-Bank-Konzern oberste Priorität. Mit dem vereinbarten Eckpunktepapier ist es uns gelungen, den tariflichen Kündigungsschutz für die 18.000 Postbank-Mitarbeiter um vier Jahre bis Mitte 2021 zu verlängern. Auch die Rechte der noch rund 6.000 Postbank-Beamten werden gewahrt. Damit wurde eine weitere wichtige Forderung der Tarifgemeinschaft erfüllt“, sagte der Bundesvorsitzende der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM), Volker Geyer, am 26. Oktober 2017 nach der Vorstellung der Strategie zur Reintegration der Postbank in den Deutsche-Bank-Konzern.

In den zurückliegenden Wochen und Monaten hat die Tarifgemeinschaft, zu der neben der DPVKOM auch der Deutsche Bankangestellten Verband (DBV) und die komba gewerkschaft gehören, in mehreren Verhandlungsrunden über die künftigen Arbeitsbedingungen der Postbank-Beschäftigten verhandelt. Dabei wurde letztlich das Thema „Reintegration der Postbank in die Deutsche Bank“ mit der Tarifrunde für die Deutsche Postbank AG verknüpft. Hier konnte die Tarifgemeinschaft nicht nur erreichen, dass die Löhne bis Ende 2019 in drei Schritten um insgesamt 4,9 Prozent erhöht werden. Ihr ist es auch gelungen, dass die bisherigen Tarifverträge für die Beschäftigten von Postbank und Deutsche Bank grundsätzlich bis Ende 2023 erhalten bleiben. Außerdem sind Standortschließungen ohne eine vorherige Einigung mit den Betriebsräten ausgeschlossen.
(07/36/17)

Namen und Nachrichten

Am 24. Oktober 2017 trafen sich Vertreter des **dbb**, weiterer Gewerkschaften und der Landesregierung im Brandenburger Innenministerium, um über die sozialverträgliche Begleitung der für das Jahr 2020 geplanten Funktionalreform zu verhandeln. Ein weiterer Verhandlungsschwerpunkt war die Verlängerung des TV Umbau. Die Vertreter der Landesregierung sagten zu, bis Anfang November 2017 einen Entwurf zum „Tarifvertrag Verwaltungsumbau und Tarifvertrag zur sozialverträglichen Begleitung der Funktionalreform I“ sowie zu einem „Tarifvertrag Altersteilzeit Waldarbeiter Brandenburg“ vorzulegen. Darin sollen die Forderungen der Gewerkschaften berücksichtigt werden, wie zum Beispiel eine Verbesserung der Mobilitätsprämie. Der kommunale Arbeitgeberverband Brandenburg will außerdem

einen Entwurf für einen Überleitungstarifvertrag bis Anfang November 2017 vorlegen. Auf Basis des Entwurfs wollen die Gewerkschaften und der KAV zeitnah weitere Verhandlungen zur Ausgestaltung der Überleitung aufnehmen. Von dieser Überleitung sind die Beschäftigten der schulpsychologischen Beratung, der Grenzkontrollstelle am Flughafen Berlin-Schönefeld und des Landesamts für Umwelt betroffen. Ob und gegebenenfalls welche Auswirkungen die am 1. November 2017 bekanntgewordenen Verschiebung der Kreisreform in Brandenburg auf den Verhandlungsprozess haben wird, war bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht absehbar.

Am 31. Oktober 2017 hat sich der **dbb** zusammen mit seiner Mitgliedsgewerkschaft komba mit dem Arbeitgeber am Flughafen Stuttgart und dem KAV Baden-Württemberg auf einen deutlich verbesserten Tarifvertrag für die Flughafenfeuerwehr geeinigt. Die Änderungen treten – vorbehaltlich der Redaktion – zum 1. Januar 2018 in Kraft. Sie betreffen im Wesentlichen eine schrittweise Absenkung der Jahresschichten von jetzt 144 auf 122 sowie die Eingruppierung und die Zulagen.

Im Vorfeld des dbb Gewerkschaftstages im November will die **dbb jugend** deutlich machen, wie wichtig Gewerkschaftsjugend ist. Dazu hat sie eine neue Aktion auf facebook gestartet: Die Teilnehmer sollen in eine Sprechblase (Vorlage gibt es als Download) einen Begriff schreiben, den sie mit Gewerkschaftsjugend verbinden, wie zum Beispiel #Zukunft oder #Generationengerechtigkeit. Ein Bild davon soll dann mit dem Satz „Gewerkschaftsjugend ist wichtig, weil...“ und dem Hashtag #inyouthwetrust gepostet werden. Weitere Infos gibt es hier.

Der Staat soll sich „unbedingt mehr einmischen beim Thema der Gewalt gegen seine Beschäftigten“, hat der Vorsitzende des dbb Landesbundes in Bremen, **Jürgen Köster**, am 30. Oktober 2017 gefordert. „Wir fordern, dass bessere Vorkehrungen baulicher Art getroffen werden sowie Schutzmaßnahmen, die den Beschäftigten mehr Sicherheit bei der Erledigung Ihrer Aufgaben geben. Keiner soll mit Angst zur Arbeit gehen.“ Gewalt betreffe nicht mehr nur Kolleginnen und Kollegen in Aufgabengebieten, in denen der Umgang mit Kriminalität zum Alltag gehört, wie Polizei, Justiz und Strafvollzug. Auch Rettungsdienste oder Job-Center seien keine „heile Welt“ mehr.

Am 27. Oktober 2017 hat der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), **Thomas Eigenthaler**, von Bund und Ländern deutlich mehr Mittel und mehr Stellen für die IT in der Finanzverwaltung gefordert: „Die Programmierer und viele andere IT-Fachleute geben täglich ihr Bestes, sind aber durch ständigen Aufgabenzuwachs extrem hoch belastet.“ Man dürfe sich deshalb nicht wundern, wenn manches länger dauere. „Wir brauchen mehr Geschwindigkeit in Sachen IT, und das erfordert ein deutliches Plus an Investitionen“, so Eigenthaler, der auch dbb Vize ist. Sparen an dieser Stelle schade auch dem Image und der Motivation einer an sich modernen und leistungsfähigen Finanzverwaltung.

Die Goethe-Universität in Frankfurt hat einen geplanten Vortrag des Bundesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), **Rainer Wendt**, zum Thema "Polizeialltag in der Einwanderungsgesellschaft" abgesagt. Zuvor hatten sich 60 Wissenschaftler in einem offenen Brief gegen den Aufritt Wendts ausgesprochen. Auch Sicherheitsgründe wurden seitens der Universität als Grund für die Absage angeführt. Der DPolG Chef sieht sich selbst nicht als Opfer, denn „Opfer sind die Meinungsfreiheit und die Wahrheit.“ In einem Antwortschreiben an die Universität schreibt Wendt: „Ich finde es außerordentlich bedauerlich, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sich nicht mit Fakten auseinandersetzen, sondern Fake News verbreiten und damit Stimmungsmache betreiben.“ Den vollständigen Brief der Wissenschaftler so wie die Antwort von Rainer Wendt hat die DPolG auf ihrer Internetseite veröffentlicht.

Heinz-Peter Meidinger, Bundesvorsitzender des Deutschen Philologenverbandes (DPhV) hat am 23. Okotber 2017 dem bisherigen Vorsitzenden des Sächsischen Philologenverbandes, Frank Haubitz, zur Ernennung zum neuen sächsischen Kultusminister gratuliert. Mit Haubitz übernehme ein in Schul- und Bildungsfragen ausgewiesener Fachmann und Experte dieses wichtige Schlüsselressort in der sächsischen Landesregierung. „Das ist eine gute Voraussetzung, um die riesigen Herausforderungen zu meistern, vor denen das sächsische Bildungssystem steht, insbesondere die Bewältigung des massiven Lehrermangels“, sagte Meidinger.

Die Stiftung „Baum des Jahres“ hat die Ess-Kastanie als Baum des Jahres 2018 ausgerufen. Damit wurde vom Kuratorium, in dem auch **Bund Deutscher Forstleute** (BDF) vertreten ist, eine eher seltenere Waldbaumart gewählt. Der BDF begrüßte am 30. Oktober 2017 die

Wahl dieser Baumart, weil sie eine gute Ergänzung der Baumartenvielfalt in Zeiten des Klimawandels sein könne. Auch ökologisch sei sie ein Gewinn: Sie bietet einen hohen Strukturreichtum und damit Lebensraum für zahlreiche Tiere und Pflanzen.
(08/36/17)

Kommende Termine:

dbb Gewerkschaftstag 2017
19. - 21. November 2017, Berlin